

---

german-foreign-policy.com  
**Ohne Eigenständigkeit**

Über Kontinuitäten in der deutschen Südosteuropa-Politik sprach german-foreign-policy.com mit Dr. Klaus Thörner. Thörner ist Publizist und hat kürzlich den Band „Der ganze Südosten ist unser Hinterland“ über deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945 publiziert.

---

*german-foreign-policy.com*: Sie arbeiten in Ihrem Buch über die deutschen Südosteuropapläne von 1840 bis 1945 deren Kontinuitäten heraus. Worin liegt der Kern?

*Dr. Klaus Thörner*: Der Kern dieser Kontinuitäten liegt darin, dass deutsche Politiker, Ökonomen und Wissenschaftler - angefangen bei Friedrich List, dem Vater der deutschen Nationalökonomie – Südosteuropa zum deutschen Hinterland herabstufen und damit seine eigenständige Entwicklung verhindern wollten. Man hatte vor, Südosteuropa zu einem Gebiet machen, das Deutschland Rohstoffe und Agrarprodukte liefert und in das Deutschland seine Industriegüter exportieren kann.

*gfp.com*: Serbien hat den deutschen Planungen bald im Wege gestanden. Warum?

*Thörner*: Serbien wurde 1878 auf dem Berliner Kongress von den Großmächten als eigener Staat anerkannt. In dieser Zeit, in den 1870er Jahren - der deutsche Nationalstaat war gerade gegründet worden - begannen die Eisenbahnbauten in Richtung Südosteuropa und Nahost, die unter der Bezeichnung „Bagdad-Bahn“ bekannt geworden sind. Das Bagdadbahnprojekt unter Führung der Deutschen Bank war ausgerichtet auf eine ökonomische Durchdringung Südosteuropas und des Nahen Ostens durch die deutsche Wirtschaft. Das Deutsche Reich wollte sich mit ihm gegenüber den anderen Großmächten, die starke Seemächte waren – Großbritannien, Frankreich, später auch die USA -, ein eigenes Hinterland aufbauen, das man über eine Landbrücke, nämlich den Balkan, erreichen konnte. Serbien hat versucht, diese Bahnstrecke, soweit sie über sein Territorium verlief, zu verstaatlichen. Damit wäre die Expansionslinie von Berlin an den Persischen Golf - sie sollte bis Basra führen – durchschnitten worden. Deutsche Wissenschaftler, unter anderem Friedrich Naumann, das große Vorbild der FDP und der Namensgeber ihrer Parteistiftung, haben ab 1913 ausdrücklich vom „serbischen Riegel“ gesprochen, der der unter dem Schlagwort „Mitteleuropa“ geplanten deutschen Expansion ein Hindernis entgegensezte. Dies war, wie ich in meinem Buch darlege, der wesentliche Hintergrund für den deutsch-österreichischen Angriff auf Serbien 1914 und damit für den Ersten Weltkrieg.

*gfp.com*: Welche Rolle spielte Russland damals?

*Thörner*: Serbien und Russland hatten seit den 1870er Jahren das gemeinsame Ziel, einen Zugang zum Mittelmeer zu bekommen. Das war eines der Motive für das Bündnis zwischen Serbien und Russland. Alle anderen Handelswege verliefen über Österreich-Ungarn und über das Deutsche Reich und waren damit von diesen Staaten abhängig. Ein eigener Hafen an der Adria hätte es Serbien und Russland ermöglicht, via Mittelmeer eine jeweils eigenständige europäische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Genau dies wollten das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn aber von Anfang an verhindern. Sie erreichten das unter anderem durch die zuvor von ihnen geforderte Ausrufung des Staates Albanien auf der Londoner Konferenz vom Dezember 1912. Als einziges Zugeständnis wurde dem russischen Bündnispartner Serbien dort das Kosovo zugesprochen.

*gfp.com*: Die deutsche Aggression gegen Belgrad setzte sich auch nach dem Ersten Weltkrieg fort...

*Thörner*: Eine wesentliche Schlussfolgerung der deutschen Militärs aus dem Ersten Weltkrieg war es, dass man in einem künftigen Krieg Hungersnöte im Deutschen Reich unbedingt vermeiden müsse, da der Hunger große Unzufriedenheit hervorgerufen hatte und letztlich ein Motiv für die Novemberrevolution 1918 gewesen war. Damit rückte Südosteuropa als Ernährungsbasis, als „Ergänzungsraum“, wie es in den Großraumplänen immer wieder hieß, auch kriegsstrategisch stärker in den Mittelpunkt. Die deutschen Planer waren überzeugt, sie könnten einen Angriff auf die Sowjetunion nur führen, wenn sie sich Südosteuropa als

Ernährungsbasis gesichert hätten. Rumänien und Bulgarien wurden Ende 1940, Anfang 1941 über den erzwungenen Beitritt zum Dreimächtepakt unter deutsche Kontrolle gebracht. Auch Jugoslawien hatte den Pakt im März 1941 zunächst unterschrieben. Damit meinte Berlin die Gewähr zu haben, die Sowjetunion noch im Frühjahr 1941 anzugreifen und in einem Blitzkrieg besiegen zu können. Die jugoslawische Bevölkerung jedoch protestierte gegen den Pakt, was zum Sturz der Regierung und zur Rücknahme der Unterschrift führte. Daraufhin setzte Berlin den Angriff auf Jugoslawien in Gang, bombardierte Belgrad und zerschlug Jugoslawien in mehrere Teile.

*gfp.com:* Sie beschreiben in Ihrem Buch Kontinuitäten von 1840 bis 1945. Brach die Traditionslinie 1945 ab?

*Thörner:* Nein, keineswegs. Natürlich wurde dem deutschen Expansionsdrang durch die Gründung Jugoslawiens wieder ein Riegel vorgeschoben - ein ähnlicher Riegel, wie ihn die Pariser Friedensverträge bereits nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen hatten, nämlich mit der Gründung Jugoslawiens und der Tschechoslowakei. Jugoslawien war nach dem Zweiten Weltkrieg sogar noch stärker als nach dem Ersten. Auf der Planungsebene in der Bundesrepublik Deutschland jedoch gab es keinen Bruch. Wesentliche Planer, etwa Wissenschaftler wie Hermann Gross, der während des Zweiten Weltkriegs für die IG Farben gearbeitet hatte, waren weiter aktiv, zum Beispiel beim Südosteuropa-Institut in München. Sie haben in führenden Positionen weiterhin die Ansicht vertreten, Südosteuropa könne nicht eigenständig wirtschaften, sei nur in Abhängigkeit zur deutschen Wirtschaft zu begreifen. Solche Ansichten werden bis in die Gegenwart vertreten. Spätestens seit den 1960er Jahren wurde auch wieder versucht, Jugoslawien zu zerschlagen und die ökonomisch für Deutschland lukrativen Gebiete, Kroatien und Slowenien, aus Jugoslawien herauszubringen. Das hat man nicht nur mit der Gastarbeiteranwerbung versucht, sondern vor allem auch mit Geheimdienstaktivitäten unter Nutzung alter Kontakte zu früheren Ustascha-Verbündeten. Der „Kroatische Frühling“, die ersten großen Proteste gegen den Fortbestand Jugoslawiens Ende der 1960er Jahre, wurde beispielsweise vom deutschen Auslandsgeheimdienst gefördert.

*gfp.com:* Sehen Sie in der aktuellen deutschen Südosteuropa-Politik Parallelen zu früheren Phasen deutscher Expansion?

*Thörner:* Auf jeden Fall. Selbstverständlich gibt es Unterschiede: Südosteuropa hat heute sicherlich eine andere Funktion als früher, ist weniger Ernährungsbasis als Zulieferer für die deutsche Industrie, wobei konkurrenzfähige Betriebe gezielt ausgeschaltet wurden - man denke etwa an die ehemalige jugoslawische Rüstungsindustrie, die während der Kriege in den 1990er Jahren zerschlagen wurde, oder an die Zerstörung des Zastava-Werkes durch die NATO-Bombardierung im Jahr 1999, durch die der Versuch, eine eigenständige südosteuropäische Automobilindustrie zu erhalten, beendet wurde. Aber die Parallelen sind stark. So hat es Deutschland erreicht, Jugoslawien zu zerschlagen, angefangen mit seinem ersten politischen Alleingang nach dem Zweiten Weltkrieg, der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Dezember 1991, bis zur Sezession des Kosovo im Februar 2008. Damit zielte die deutsche Politik übrigens, wie schon mit dem Vertrag von Brest-Litowsk im Frühjahr 1918, auch darauf ab, das im internationalen Recht bisher vorrangige Prinzip der Achtung der territorialen Integrität von Staaten durch das deutsche Separierungs-Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Völker auszuhöheln - ein gefährlicher Präzedenzfall.

Womöglich ist die Zerschlagung des Landes noch nicht zu Ende: Eine Spaltung Bosnien-Herzegowinas kann ebensowenig ausgeschlossen werden wie eine Abtrennung der Vojvodina. Damit hat Deutschland das Ziel erreicht, das es schon im Ersten und vor allem im Zweiten Weltkrieg verfolgte: die vollständige Filetierung Jugoslawiens. Wenn man so will, ist auch das Kriegszielprogramm vom September 1914 mehr oder weniger Realität geworden. Darin war als wesentliches Ziel die Errichtung eines „mitteleuropäischen Großwirtschaftsraumes“ genannt worden - formell unter Gleichberechtigung sämtlicher Mitglieder, informell aber unter deutscher Führung. Das ist nicht weit von den Verhältnissen entfernt, die wir heute in der EU haben: ein zollfreier Raum, in dem abhängige Staaten zusammengeschlossen sind, offiziell auf gleicher Augenhöhe, faktisch aber strikt unter deutscher Wirtschaftskontrolle.